

195/2002

Stuttgart, den 06.08.2002

Grüne wollen Radverkehr bis 2010 verdoppeln

Palmer: landesweites Gesamtkonzept gefordert - Landesregierung sieht keinen Handlungsbedarf

Fahrrad noch immer Stiefkind der Verkehrspolitik

Boris Palmer, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen im Landtag, macht sich für den Radverkehr im Land stark. Jeder achte Weg im Land – so Palmer - wird bereits heute mit dem Fahrrad zurückgelegt. “Dies unterstreicht die Bedeutung des Radverkehrs, aber das kann noch mehr werden”, so der grüne Abgeordnete. Sowohl im Freizeit- wie im Alltagsverkehr sieht Palmer noch erhebliche Potenziale für das Fahrrad. “Wir wollen den Radverkehrsanteil im Land bis 2010 verdoppeln. Dafür muss die Politik aber ordentlich in die Pedale treten.”

“Bis heute ist das Fahrrad Stiefkind der Verkehrspolitik”, so Palmer weiter. In einem Landtagsantrag hatten die Grünen die Finanzierung des Radverkehrs abgefragt. “Ergebnis: Obwohl 13 Prozent der Wege schon heute mit dem Rad zurückgelegt werden, kommen nur rund 3% der Verkehrsinvestitionen dem Rad zu gute”, fasst Palmer die Antwort der Landesregierung zusammen. “Viel zu wenig, wenn man den Nachholbedarf von jahrzehntelanger Autopolitik sieht und den Radverkehrsanteil steigern will.”

Palmer fordert – analog zu Initiativen anderer Länder - die Erstellung eines Landesradverkehrsplans, der die notwendigen Fördermaßnahmen zusammenfasst, aufeinander abstimmt und finanziert. Für den Radwegebau soll ein eigener Haushaltstitel geschaffen werden, damit nicht nur die Brosamen des Straßenbaus für das Rad abfallen. Außerdem soll im Verkehrsministerium ein eigenes Radverkehrsreferat eingerichtet werden. Palmer: „Radwegebau hatte lange nur die Funktion, den Autofahrern lästige Verkehrshindernisse aus dem Weg zu schaffen. Das ändert sich nicht, so lange Straßenbauer nebenher noch den Radverkehr verwalten.“

Bislang beißt Palmer mit seinen Forderungen bei der Landesregierung allerdings auf Granit. Das Umwelt- und Verkehrsministerium malt eine rosarote Radelwelt in Baden-Württemberg und sieht für nichts Handlungsbedarf. Palmer: „Offensichtlich sitzen die entscheidenden Leute im Verkehrsministerium mehr im Ledersessel als im Ledersattel.“

Besonders am Herzen liegt Palmer auch der Freizeitverkehr durchs Ländle. Bei einer einwöchigen Radtour im Juni legte der passionierte Radfahrer 1050 Kilometer mit dem Drahtesel zurück und testete dabei systematisch das vom Land Baden-Württemberg ausgewiesene Radwegegrundnetz. Dabei gab es von Palmer schlechte Noten: „Unvollständige und mit jeder Kreisgrenze wechselnde Ausschilderungen sind die Regel. Immer wieder habe ich mich verfahren. Rühmliche Ausnahmen gibt es wenige.“ Für Palmer ist die Konsequenz klar. „Bislang gibt es das Radwegegrundnetz des Landes nur auf dem Papier. Jetzt muss es auch realisiert werden.“

Vorbild ist für Palmer die Schweiz mit ihrer professionellen Organisation „Veloland Schweiz“. „Dort wurden neun landesweite Radverkehrsrouten einheitlich und lückenlos ausgeschildert, mit öffentlichen Verkehrsmitteln verknüpft und ein exzellentes Marketing aufgebaut, das den Radtourismus bei den Eidgenossen kräftig angekurbelt hat“, so der grüne Verkehrspolitiker.

In ihrem Radverkehrsantrag fordern die Grünen nun, dass auch in Baden-Württemberg die Einrichtung und Betreuung der Landesradwege in eine einheitliche und professionelle Hand genommen wird. „Für den Autoverkehr ist die professionelle Beschilderung eine Selbstverständlichkeit. Der Radfahrer ist gezwungen erstmal anzuhalten und abzusteigen, damit er das Kleingedruckte auf den Schildern lesen kann.“

Das zuständige Ministerium für Umwelt und Verkehr lehnt in einer Stellungnahme zum Palmer-Antrag eine Landeszuständigkeit jedoch ab. „Solange das Land die Übernahme von Verantwortung für ein durchgängiges Radwegenetz ablehnt, bleibt es bei Sackgassen an vielen Kreisgrenzen.“

Eine gewisse Lernfähigkeit will Palmer der Landesregierung aber nicht absprechen: „Über fünf Jahre wurden unsere Anträge zur kostenlosen Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln regelmäßig abgeschmettert. Jetzt preist die Landesregierung die kostenlose Fahrradmitnahme als Meilenstein ihrer Radverkehrspolitik. Im Sinne der Radler sollte nur der Zeitraum bis zur Übernahme der grünen Forderungen in Regierungspolitik etwas verkürzt werden.“

Positiv bewertet Palmer auch, dass die Landesregierung sich für eine Vereinheitlichung der Beschilderung ausspricht. „Leider bleibt aber unklar, worin der Beitrag des Landes für eine lesbare Radwegbeschilderung bestehen soll. Denn Landesmittel zur Förderung der Beschilderung stehen laut Auskunft der Landesregierung nicht zur Verfügung. Nur aussprechen ist ein bisschen wenig.“